115. Wird eine Postkontrabention dadurch begangen, daß ein Zeitungspediteur, welcher an einem mit einer Postanstalt versehenen Orte wohnt, sich die Zeitungen aus einem anderen Orte mit einer Postanstalt durch einen expressen Boten kommen läßt und dieselben an seine theils am Wohnorte des Speditors, theils auswärtig wohnenden Abonnenten verteilen läßt?

Gesetz über das Postwesen des deutschen Reichs v. 28. Oktober 1871
§§. 1. 2. 27 Nr. 1 (R.G.B. S. 347).

II. Straffenat. Urth. v. 28. September 1880 g. P. u. Gen.
Rep. 1894/80.

I. Landgericht Potsdam.

Der Angeklagte P. in Potsdam hat schon seit Jahren ein Geschäft daraus gemacht, daß er bei sich auf Zeitungen, welche in Berlin er-

schienen, abonnieren ließ, an seine in Potsdam wohnenden Abonnenten verteilt. Seit dem ersten Januar 1878 errichtete ein gewisser G. in Brandenburg, und seit dem ersten Januar 1879 auch F. in Werder ein ähnliches Geschäft. Beide bestellten die von ihnen gewünschten Zeitungen bei P. in Potsdam, welcher sie ihnen durch eine Botin, die Mitangeklagte K., zustellen ließ. P. und die Botin K. wurden deshalb wegen Postkontravention unter Anklage gestellt. Nach der Auffassung der Anklage sollte die Beförderung der Zeitungen — wenigstens seit dem 1. Januar 1878 — von Berlin nach Potsdam, und von Potsdam nach Brandenburg bezw. Werder gegen den §. 2 des Postgesetzes vom 28. Oktober 1871 verstoßen. Das Landgericht hielt die Beförderung der Zeitungen von Berlin nach Potsdam für straflos, verurteilte dagegen wegen der Beförderung der Zeitungen nach Werder und Brandenburg die beiden Angeklagten, weil die Mitangeklagte K. die gemeinschaftliche Botin des P. in Potsdam und des G. in Brandenburg gewesen sei.

Sowohl die Staatsanwaltschaft als auch die Angeklagten erhoben die Revision.

Das Reichsgericht hat die Revision der Staatsanwaltschaft verworfen, auf die Revision der beiden Angeklagten dagegen das Urteil aufgehoben und die Sache zur anderweiten Verhandlung und Entscheidung an die erste Instanz zurückverwiesen.

Gründe:

„Nach §. 2 des Postgesetzes vom 28. Oktober 1871 ist die Beförderung von Briefen und politischen Zeitungen gegen Bezahlung durch expresse Boten gestattet; „doch darf ein solcher Expresse — so heißt es wörtlich im zweiten Satze dieses Paragraphen — nur von einem Abfender abgeschickt sein und dem Postzwange unterliegende Gegenstände weder von anderen mitnehmen, noch für andere zurückbringen.“

Vom ersten Richter ist nun zunächst ohne erkennbaren Rechtsirrtum festgestellt, daß der Bote L., welcher im Auftrage des Mitangeklagten P. nach Berlin fuhr, dort auf den verschiedenen Zeitungsexpeditionen die von P. bestellten Zeitungen entgegennahm, mit denselben nach Potsdam zurückfuhr und sie dort an seinen Auftraggeber ablieferte, als ein expresse Bote im Sinne des §. 2 des Postgesetzes anzusehen sei. Es kann sich daher nur fragen, ob die Schranken, welche durch den obenaangeführten zweiten Satz des §. 2 dieser an und für sich ge-

statteten Beförderungsweise gezogen werden, im vorliegenden Falle durchbrochen sind.

Was die Interpretation der in dieser gesetzlichen Bestimmung enthaltenen Begriffe „Absender“ „von anderen mitnehmen“, und „für andere zurückbringen“ anlangt, so ist

1. Absender derjenige, welcher den Boten schickt, d. h. derjenige, welcher dem Boten den Auftrag, kraft dessen dieser dem Postzwang unterliegende Gegenstände von einem Orte mit einer Postanstalt nach einem anderen Orte mit einer Postanstalt befördern soll, erteilt hat. Nach den Grundsätzen über Stellvertretung versteht es sich von selbst, daß, wenn derjenige, welcher dem Boten den Auftrag erteilt, dies im Auftrage eines Dritten gethan hat, dieser Dritte als Absender im Sinne des Gesetzes selbst dann gelten muß, wenn der Bote keine Kenntnis davon hat, daß derjenige, mit welchem er den Dienstmietvertrag abgeschlossen, im Auftrage eines Dritten gehandelt hat.

2. Der Bote soll keine postzwangspflichtigen Gegenstände „von anderen mitnehmen“. Der Gesetzgeber will damit verhindern, daß der Bote vom Ausgangspunkt auch von anderen als vom Absender Sachen an den Bestimmungsort mitnimmt. Danach muß es für unzulässig erachtet werden, daß eine Mehrzahl von Personen sich verabredet, einen gemeinschaftlichen Boten abzuschicken in der Weise, daß an eine dieser Personen die Sachen zur Beförderung und Abgabe an den Boten überliefert werden und diese Person den Boten engagiert. Daß der Bote, der von solchem Abkommen nichts weiß, straffrei ist, erscheint allerdings unbedenklich. Dagegen würden alle diejenigen, welche eine solche Verabredung getroffen haben, sich einer Postkonvention schuldig machen, weil derjenige, welcher den Vertrag mit dem Boten abgeschlossen hat, wenn er auch diesem gegenüber im eigenen Namen handelte, doch rechtlich als Stellvertreter der übrigen angesehen werden müßte und diese sämtlich als Absender erscheinen.

3. Die Worte „für andere zurückbringen“ müssen in ähnlichem Sinne interpretiert werden; jedoch giebt der vorliegende Fall keine Veranlassung, hierauf näher einzugehen.

Aus dem Vorstehenden folgt:

a. daß der Absender durch einen expressen Boten postzwangspflichtige Gegenstände an verschiedene Personen des Bestimmungsortes oder der mehreren Bestimmungsorte befördern lassen darf. Es kann

daher, wie dies auch in einer Entscheidung des vormaligen preussischen Obertribunals (Oppenhoff, Rechtspr. Bd. 6 S. 502, Dambach), Postgesetz §. 2 Nr. 2 a) ausgesprochen ist, der Verleger einer postzwangspflichtigen Zeitung die einzelnen Nummern derselben seinen auswärtigen Abonnenten durch einen expresse Boten regelmäßig zuzusenden;

b. daß der Bote von verschiedenen Personen postzwangspflichtige Sachen an den einen Absender zurückbringen darf.

Zieht man die aus der vorstehenden Auslegung sich ergebenden Konsequenzen für den vorliegenden Fall, so ergibt sich zunächst, daß die von der Staatsanwaltschaft erhobene Revision unbegründet ist.

Läge der Fall so, daß der Angeklagte P. keine festen Abonnenten in Potsdam gehabt, vielmehr auf eigenes Risiko durch einen expresse Boten in Berlin die verschiedenen Zeitungen gekauft hätte, um sie in Potsdam im Einzelverkauf weiter zu vertreiben, so würde hierin eine Postkontravention offenbar nicht liegen. Denn der Umstand, daß die Zeitungen von den verschiedenen Zeitungsexpeditionen herrühren, ist unerheblich, da das Zurückbringen von mehreren Personen an den einen Absender straflos ist. Auch ist der Zweck des Absenders, die Zeitungen demnächst an andere wieder zu verkaufen, einflußlos, denn rechtlich und im Sinne des §. 2 bringt der Bote die Zeitungen nur an den Absender zurück. Nicht anders aber liegt die Sache, wenn P., wie festgestellt ist, seine bestimmten Abonnenten hatte, da sich dieser Fall von dem zuerst unterstellten nur dadurch unterscheidet, daß hier die Abnehmer ihm in Folge der vorausgegangenen Bestellung bereits bekannt waren. Hätte man sich die Sache so zu denken, daß P. im Auftrage der Abonnenten die Zeitungen auf diesem Wege von Berlin kommen lassen sollte, so könnte allerdings in Frage kommen, ob nicht die mehreren Abonnenten sämtlich als Absender des Boten T. zu betrachten seien. Für eine derartige Annahme fehlt es jedoch, nach den tatsächlichen Feststellungen des ersten Richters, hier an jedem Anhalt. Die Abonnenten hatten die Zeitungen bei P. bestellt, ohne irgend zu bestimmen oder auch nur danach zu fragen, auf welche Weise P. sich die Zeitungen von Berlin kommen lassen wollte. War daher der Bote T. der expresse Bote des einen Absenders P. und nicht der Bote seiner Abonnenten, so kann es auch keinen Unterschied machen, ob die Abonnenten alle in Potsdam selbst oder außerhalb Potsdams wohnten. Die Staatsanwaltschaft hält freilich den Boten T. für einen gemeinschafts-

lichen Boten des P. in Potsdam, des J. in Werder und des G. in Brandenburg, weil er die Zeitungen von Berlin nicht bloß für P. in Potsdam, sondern auch für J. und G. zurückgebracht habe. Allein diese Annahme steht mit der thatsächlichen, ohne erkennbaren Rechtsirrtum getroffenen Feststellung des ersten Richters in Widerspruch, daß nämlich J. und G. in dem gleichen Verhältnisse zu P. gestanden hätten, wie die in Potsdam wohnhaften Zeitungsempfänger, nämlich Abonnenten desselben gewesen seien. Hiernach erweist sich die Revision der Staatsanwaltschaft als unbegründet.

Was die Revisionen der beiden Angeklagten anlangt, so handelt es sich darum, ob durch die Art und Weise der Beförderung der Zeitungen von Potsdam nach Werder und Brandenburg eine strafbare Handlung begangen ist. Der erste Richter, dessen Schlußfeststellung alle Merkmale der in §§. 1. 2 und 27 Nr. 1 des Postgesetzes enthaltenen Strafvorschriften wiedergiebt, erachtet die Beförderung deshalb für strafbar, weil die Mitangeklagte, die Botin R., von mehreren Absendern abgeschickt worden ist. Ist diese letztere Thatsache ohne Rechtsirrtum festgestellt, so ist allerdings gegen den §. 1 und 2 des Postgesetzes verstoßen und die Anwendung des §. 27 dieses Gesetzes gerechtfertigt. Allein jene Feststellung beruht auf einem Rechtsirrtum. Der erste Richter hält die Angeklagte R. für den gemeinschaftlichen Boten des P. und des G. schon in Beziehung auf den Transport der Zeitungen von Potsdam nach Brandenburg im Jahre 1878, weil G. der R. eine monatliche Vergütung zu zahlen hatte, während P. die R. als Botin engagiert und abgesendet habe. Diese Umstände erscheinen nicht ausreichend, um eine Mehrheit der Absender zu konstruieren. Denn dieselben lassen die Möglichkeit zu, sowohl, daß G. Absender der R. gewesen ist, indem P. dieselbe im Auftrage des ersteren angenommen hat, als auch, daß P. der Absender war, indem er die Lieferung der Zeitungen an G. übernommen, diesem aber die Verpflichtung auferlegt hat, die Botin ganz oder teilweise zu bezahlen. In beiden Fällen wäre die R. nur die Botin eines Absenders und die Beförderung, soweit es sich nur um die Sendungen an G. im Jahre 1878 handelte, straflos. Aus welchem Grunde die R. bei diesen Sendungen gemeinschaftliche Botin des P. und G. gewesen sein soll, ist völlig unerfindlich. Rechtsirrtümlich erscheint es namentlich, wenn der erste Richter einzig und allein deshalb, weil P. die Botin angenommen und G. sie be-

zahlt habe, eine Mehrheit der Absender annimmt. Es hätte vielmehr das Rechtsverhältnis, welches zwischen P. und G. einerseits und zwischen ihnen und der R. andererseits bestand, näher ermittelt und danach festgestellt werden müssen, wer in Bezug auf die Sendung nach Brandenburg als Absender im Sinne des Gesetzes zu betrachten sei.

Würde sich auf Grund der hiernach notwendig werdenden Ermittlung feststellen lassen, daß wirklich, wie der erste Richter auf völlig unzureichender tatsächlicher Grundlage angenommen hat, P. und G. Absender gewesen seien, so würde allerdings schon die Beförderung der Zeitungen nach Brandenburg im Jahre 1878 gegen die Bestimmung des Postgesetzes verstoßen. Würde dagegen festgestellt werden, entweder, daß G. oder daß P. der Absender der Botin nach Brandenburg gewesen sei, so würde, so lange diese Botin nicht auch die Zeitungen an S. in Werder mitnahm, eine Postkontravention nicht vorliegen, weil die R. bis dahin die expresse Botin nur eines Absenders gewesen sein würde. Ob aber dadurch, daß die R. vom 1. Januar 1879 an zugleich die Zeitungen an S. in Werder mitnahm, eine Postkontravention bezüglich dieser und der vom gedachten Zeitpunkte nach Brandenburg beförderten Zeitungen begangen wurde, hängt davon ab, ob G. oder ob P. als Absender der Botin nach Brandenburg anzusehen ist. Da nämlich vom ersten Richter ohne erkennbaren Rechtsirrtum festgestellt ist, daß P. der Absender der R. sei, insofern es sich um die für S. in Werder bestimmten Zeitungen handelt, so würde, wenn G. der Absender der R. in betreff der für ihn bestimmten Zeitungen gewesen sein sollte, die R. von da ab, als sie die Zeitungen für P. an S. mitnahm, jedenfalls angehört haben, die expresse Botin nur eines Absenders zu sein und vielmehr gemeinschaftliche Botin des P. und des G. geworden sein, mithin die ganze Beförderung nach Werder und Brandenburg vom 1. Januar 1879 ab gegen das Gesetz verstoßen. Wäre aber umgekehrt P. auch als Absender der R. bezüglich der nach Brandenburg dirigierten Zeitungen zu betrachten, so würde die Beförderung nach Werder und Brandenburg als eine erlaubte angesehen werden müssen, da die R. in diesem Falle auch für die Zeit vom 1. Januar 1879 ab nur die Botin eines Absenders gewesen sein würde und es dem letzteren durch das Gesetz nicht verwehrt wird, postzwangspflichtige Gegenstände durch einen expresse Boten an mehrere Empfänger überbringen zu lassen. Soweit es sich um diese seit dem 1. Januar 1879 begangenen

Kontraventionen handelt, ist davon auszugehen, daß es für die Verschuldung des P. genügen würde, wenn er von G. zum Engagement der R. behufs Überbringung der Zeitungen nach Brandenburg Auftrag erhalten haben sollte, sollte er auch die R. zu diesem Zwecke im eigenen Namen engagiert haben. Nur für die Mitschuld der R. wäre es von Bedeutung, ob P. dieselbe ausdrücklich im Auftrage des G. als Botin nach Brandenburg angenommen hat, oder dies, nämlich daß er insoweit im Auftrage des G. handelte, der R. aus den Umständen erkennbar war. In beiden Fällen würde die R. Kenntnis davon gehabt haben, daß sie vom 1. Januar 1879 ab Botin zweier Absender, des P. und G., war, mithin Mitthäterin der Kontravention sein.“